

Norbert Seitz

Draußen nur Kännchen

*Die Union auf der Suche nach
einem neuen Programm*



Wie ein Zauberwort geistert die »neue Bürgerlichkeit« derzeit durch den Blätterwald. Feine Umgangsformen und Benimmregeln seien wieder im Kommen. Udo Di Fabio versteht darunter »mehr Respekt für Familie, Aufrichtigkeit, Höflichkeit, Fleiß, Erfolg und religiös verankerte Demut« zu fordern. In einer Art Kerner-Ranking wurde sogar der spendierbehoste RTL-Moderator Günther Jauch als deren typischster Repräsentant auserkoren. Steckt mehr hinter der »neuen Bürgerlichkeit« als nur eine »kleine hübsche Kino- oder Feuilletonlüge«, wie Cordt

Schnibben vermutet oder eines der periodisch wiederkehrenden Beschwörungsrituale jener Sekundärtugenden, die in Zeiten anti-bürgerlicher Posen von 68ern denunziert worden waren?

Aber ein paar Indikatoren für einen konservativ gefärbten Einstellungswandel sind durchaus zu beobachten. Von links bis rechts wird zum Beispiel ein neuer Stellenwert von Bildung und Erziehung gepriesen; daneben scheint sich die Einsicht, dass ohne Eigenverantwortung nichts mehr läuft, über alle ideologisch vorbelasteten Zweifel hinweg gesetzt zu haben. Nicht zu vergessen: die Anerkennung religiöser Bedürfnisse sowie die Rückkehr zur kleinfamiliären Bindung.

Die Neubürgerliche Mentalität ist keine parteipolitische Angelegenheit der CDU. Sie geht weit über das als bürgerlich definierte Lager hinaus, wie unschwer zu erkennen ist an der rot-grünen Neupositionierung von Familienpolitik oder der Normalisierungsstrategie ihres Kanzlers Schröder im Umgang mit der lange Zeit von links her eher ignorierten deutschen Opfergeschichte.

Hinter Kampagnen für eine »neue Bürgerlichkeit« verbirgt sich folglich keine Kulturrevolution von rechts. Von einer »Suchbewegung« statt von einer festgefühten Ideologie ist die Rede, einem Versuch also, der – so Jörg Lau – von Zweifeln an der Nachhaltigkeit der liberalen Ordnung getrieben werde.

Der erste Interpret jener »neuen Bürgerlichkeit«, Verfassungsrichter

Udo Di Fabio, unterscheidet zwischen einer negatorischen Freiheit von zu viel Staat, Regulierung und Steuerung und einer positiven Freiheit, nämlich der freiwilligen Bindung. Als weitere intellektuelle Quellen jener neukonservativen Tendenz wären auch Paul Noltes Bekenntnis zur »Risikomoderne«, Meinhard Miegels Aufruf zu einer »Epochenwende«, Jürgen Busches Erinnerungen an tiefsitzende Sehnsüchte nach Sicherheit und – gleichsam als Institution – Joachim Fest zu nennen; der kürzlich verstorbene Publizist sorgte mit seinen *posthum* erschienenen Erinnerungen für eine moralische Geschichtsbegründung an der bürgerlichen Front, wird er doch geradezu monumentalisiert als Kronzeuge eines gegenüber dem Nationalsozialismus gelassen distanzierenden Bürgertums, wie einzelgängerisch sich dieses bei äußerst wohlwollender Geschichtsbetrachtung auch darstellen mag.

Andere liberal-konservative Köpfe wie der Historiker Hagen Schulze oder der Politologe Arnulf Baring bedauern indes noch immer, dass die Zeit nach der Deutschen Einheit nicht für eine geistig-politische Offensive genutzt worden sei. Es war aber nicht das erste Mal, dass der bundesdeutsche Konservatismus ohne eine zündende Idee auskommen musste, auch wenn Matthias Matussek, dem Verfechter eines neuen Patriotismus, zuzustimmen ist, dass die wenigen Provokationen in den letzten Jahren von kulturkonservativer Seite gekommen sind – vom Aufruf des Botho Strauß zur Askese in seiner Schrift *Anschwellender Bocksgesang* über Martin Walsers dröhnendem Abschied von der Gedenkkultur, vorgetragen 1998 in der Frankfurter Paulskirche, bis zu den skurrilen Aufrufen zu einer Art »konservativer Revolution« nach Schröders Wiederwahl 2002 und dem restlos verunglückten Neustart seiner rot-grünen Regierung.

»Meistens dominierte unprogrammatische Siegermentalität und strategische Coolness.«

Programmatik als lästige Pflicht

Wie schwer es Ideengeber in der Union stets hatten – darüber wusste zum Beispiel Richard von Weizsäcker ein Lied zu singen, der seine Tätigkeit in der Grundsatzkommission ziemlich ernüchert zusammenfasste: »Wir ernteten in der Partei eher Achtung als Einfluss«, denn die CDU sei »keine alternde Jugendbewegung wie die SPD, sondern meist nur »ein moderater Wahlverein« gewesen.

In der Tat genühten über Jahrzehnte Soziale Marktwirtschaft und Antikommunismus zur Mobilisierung von bürgerlichen Wählermehrheiten. Von Alfred Müller-Armacks Sozialer Marktwirtschaft aus den Düsseldorf-Leitsätzen 1949 bis zu Kurt Biedenkopfs Neuer sozialer Frage aus der Mannheimer Erklärung 1975 lassen sich die wenigen intellektuellen Prägungen und gesellschaftspolitischen Konzeptionen der Union als nachzuholende Entwicklung oder als Reflex auf eine starke ideologische Konkurrenz von links begreifen. Ansonsten dominierte unprogrammatische Siegermentalität und strategische Coolness.

Spätestens seit dem großen Wahlsieg 1957 grummelte es in der Union, die Partei benötige endlich ein richtiges Programm und nicht nur

Aktionspapiere vor Wahlen. Ihr fehlten eigene Konzepte, die Berufung auf Familie und Privateigentum, Föderalismus und Bekenntnisschulen reichten auf Dauer nicht. Ehe solche Forderungen jeweils überhand zu nehmen drohten, pflegte Geschäftsführer Bruno Heck den »Rückzug auf das christliche Sittengesetz« anzutreten.

Anfang der 60er Jahre begann auch Adenauer sich zu rühren. Denn seine Union war zu sehr in den Ruf einer »Wirtschaftspartei« geraten, weshalb er Rainer Barzel 1962 damit beauftragte, ein Papier über die »geistigen Grundlagen unserer Zeit« auszuarbeiten, das jedoch durchfiel, weil es dem Patriarchen »zu kirchlich« ausgefallen war.

Die Partei verharrte in ihrem Stolz, »ein Godesberg nicht nötig« zu haben. Deshalb fühlte sie sich auch auf dem falschen Fuß erwischt, als Kanzler Ludwig Erhard auf dem Düsseldorfer Wahlparteitag 1965 mit dem von Rüdiger Altmann entwickelten Konzept einer

»Die Partei verharrte in ihrem Stolz, ein Godesberg nicht nötig zu haben.«

»Formierten Gesellschaft« die Delegierten überraschte. Die Botschaft verfiel nicht; die Einen vermissten einen Hinweis aufs christliche Weltbild, andere sahen gar das alte Erfolgslabel von der Sozialen Marktwirtschaft ver-

drängt. Zudem erschien Kritikern der Vorrang von ökonomischer Rationalität im Konzept der Formierten Gesellschaft zu ordoliberal, anderen die Pluralismuskritik am Gruppenegoismus zu konservativ.

Erst mit der Studentenrevolte, dem sozialliberalen Machtwechsel und dem unweigerlichen Verlust der »geistigen Führung« fand Anfang der 70er Jahre die eigentliche »Parteiwerdung« der CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Kohl statt –, mit professionellem Apparat, expansiver Mitgliederstruktur und einer vordenkerischen Zentrale, die nachholend den Wahlverein in eine Programmpartei verwandeln sollte, um fortan der Linken gesellschaftspolitisch Paroli bieten zu können.

Richard von Weizsäcker bemühte sich als Leiter der Grundsatzkommission um ein gesellschaftspolitisches Gegenkonzept zum sozialdemokratischen Begriff von Solidarität und brachte dabei das Ziel der Chancengerechtigkeit gegen Vorstellungen von Chancengleichheit in Stellung.

Und mit der »Neuen sozialen Frage« wollten Kurt Biedenkopf und Heiner Geissler gesellschaftlichen Gruppen ohne Lobby Geltung gegenüber dem Großgruppen-Korporatismus verschaffen. Damit sollte den etatistisch geprägten Modernisierungskonzepten widersprochen werden, wie sie seinerzeit zum Beispiel im *Orientierungsrahmen* '85 entwickelt worden waren.

Ein richtiges Grundsatzprogramm jedoch gab sich die Union erst 1978 in Ludwigshafen, immerhin fast dreißig Jahre nach dem Gründungskonvent von Goslar. Statt langfristiger Zukunftsentwürfe und Planungseuphorie waren nunmehr Krisendiagnosen in Mode gekommen. »Ein Godesberg war es damit nicht«, schreibt Unionsforscher Frank Bösch.

Ebenso blieb Helmut Kohls Aufruf zur »geistig-moralischen Wende« in seiner ersten Regierungserklärung anno '82 eine hohle Phrase, zum Leidwesen der Parteirechten, die sich davon ein umfassendes gesellschaftliches *Rollback* gegen '68 erhofft hatten.

Immerhin gelang es der Union nach der Machtübernahme, eine so-

zialökologisch sich gerierende Linke programmatisch auf dem falschen Fuß zu erwischen. Von den »Stuttgarter Leitsätzen« 1984 ging die furchtlose Botschaft der Neokonservativen aus, offen gegenüber den neuen Technologien zu sein, während eine wachstumskritische Linke darob Zukunftsängste verbreitete.

Überdies behaupteten sich Heiner Geißlers reformkonservative Modernisierer auf gesellschaftspolitischem Terrain. Von den »CDU-68ern« war vielerorts bewundernd die Rede, als 1985 in Essen ein Frauen-Parteitag stattfand, der sich allem kämpferischen Feminismus zum Trotz ein familiäres Partnerschaftsmodell auf die Fahnen schrieb und erstmalig die Erziehungsjahre Müttern anrechnen ließ.

Merkels mühsame Rekonstruktionsversuche

Mit der Deutschen Einheit und dem Wegfall alter Feindbilder erstarrten die Christdemokraten zum pragmatischen Machtkartell des Rekordkanzlers. Die intellektuellen Kräfte im Konrad-Adenauer-Haus wurden davongejagt, die Phase der gesellschaftspolitischen Reform unter Geißler, Süßmuth oder Ulf Fink fand ein jähes Ende.

Und als sie ihr »Hamburger Programm« 1994 verabschiedete, kommentierte damals Präsidentschaftskandidat Roman Herzog treffend: »Eine bürgerliche Partei braucht ein Programm nur, damit die anderen nicht sagen können, ihr habt keins«.

»Mit der Deutschen Einheit und dem Wegfall alter Feindbilder erstarrte die CDU zum pragmatischen Machtkartell.«

Unter Adenauer, Kohl oder Strauss galt als konservativ ein teilweise feindbildartiges Lagerverständnis, welches Misstrauen gegen Visionen und Utopien von links nährte und Skepsis forcierte gegen jeden Anflug von Weltbeglückung und Gutmenschentum. Ansonsten wurde unter konservativer Politik das Versprechen einer verlässlichen Orientierung in Fragen der Lebensführung und die Sicherung des kulturellen Rückhalts in Zeiten des dynamischen Wandels verstanden. Doch der bürgerliche Konservatismus entsprach immer eher einer Haltung oder Lebensart als einem expliziten politischen Programm.

Nach der Ära Kohl versuchte eine tief verunsicherte Union ihr konservatives Profil als Oppositionspartei über Kampfbegriffe zu schärfen. Doch die »Leitkultur«- oder »Nationalstolz«-Debatten glichen eher populistischen Versuchsballons als ernsthaften geistigen Offensiven. Überdies missrieten auch Merkels eigenwillige Profilierungsversuche beim Umschreiben der bundesrepublikanischen Geschichte – etwa in den Diskussionen um Joschka Fischers Sponti-Vergangenheit als Steinewerfer oder um die hiesige Sozialstaatstradition, die von der ostdeutschen Protestantin nur als Sozialismusrelikt in den Köpfen von bequemlichen Wessis empfunden zu werden schien.

Dabei stießen ihre Vorstellungen einer »Wir-Gesellschaft« auf wenig Gegenliebe, wurde ihr Konzept einer »Neuen Sozialen Marktwirtschaft« trotz unbestreitbarer Veränderungen der weltökonomischen Rahmenbedingungen von der erfolgverwöhnten Schwesterpartei in Bayern für überflüssig gehalten.

Heute steht die Union vor dem Problem, wie es von Alexander Gauland beschrieben wird, dass das liberale und konservative Element im Zeitalter der globalen Modernisierung auseinander driften, kaum noch überbrückbar durch die lange Zeit unter Kohl erfolgreiche Strategie eines »verschwommenen *middle-of-the-road*-Konservatismus«.

Ein Gesellschaftsentwurf rechts der Mitte ist nicht in Sicht. Vor allem: Wie verträgt sich die habituelle Tendenz zu einer »neuen Bürgerlichkeit« mit den programmatischen Versuchen der Unionsparteien, eine konservative Identität zu fixieren oder – populärer ausgedrückt – eine Antwort auf die Frage zu finden: »Wofür steht eigentlich Angela Merkel?«

Einen neuen Konsens brachte jedoch bislang außer Fredrik Reinfeldts schwedischem »Wechsel ohne Wende« keine konservative Formation in Europa zustande – weder die britischen *Tories* noch Sarkozys UMP, Berlusconi's FORZA, Schüssels ÖVP oder Balkenendes Christdemokraten.

Angela Merkel probierte es auf dem Leipziger Parteitag von 2003 über eine von ihr selbst als »revolutionär« bezeichnete Wende, indem sie die

»Mit ihrer zentralen Botschaft ›Mehr Freiheit wagen‹ traute sich Merkel nicht so recht aus der ideologischen Deckung.«

Union vom Ausstieg des Sozialstaats aus der alten »Sozialversicherungsanstalt« glaubte überzeugt zu haben. Doch sie täuschte sich und verlor mit dieser Strategie bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr an Wählern und in ihrer Partei an Unterstützern. In Wahrheit war die Union im Innern nie so neoliberal, wie es in den verbalradikalen Leipziger Reden von Merkel, Friedrich

Merz oder Kommissionsleiter Roman Herzog anklang. Karl Gabriel nannte deshalb auch das Leipziger Wendemanöver eine »normative Entkernung« der CDU, während Jürgen Rüttgers vor der neoliberalen »Lebenslüge« warnte, dass Beschäftigung primär von Steuersenkung und Lohnzurückhaltung abhängig sei.

Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf 2005 musste sich die haushoch favorisiert ins Rennen gegangene Christenunion im Feuilleton der FRANKFURTER ALLGEMEINEN befozzeln lassen, die »kulturelle Rahmung einer erhöhten Mehrwertsteuer« finde wohl »irgendwo zwischen dem neuen Papst, Christa Mewes und Peter Hahne« mit seinen spießigen Breitseiten gegen die »Spaßgesellschaft« statt.

Die aktuelle Union teilt sich nur noch in marktfixierte Neoliberale à la Oettinger und Restbeschwörer des rheinischen Kapitalismus wie NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Dagegen scheint der nationalkonservative Flügel weggebrochen zu sein, nachdem dessen letzter bedeutender Protagonist an der Spitze der Union, Jörg Schönbohm, trotz schneidiger Sprüche auf dem Dresdner Parteitag aus dem Präsidium gewählt wurde. Alexander Gauland gab zum Abgang des brandenburgischen Innenministers zu bedenken, dass die magischen 40 Prozent kaum erreicht würden, »wenn die Union jene vergisst, die traditionell und altmodisch denken, es sind weit mehr, als Grüne und marktliberale Modernisierer wahrhaben wollen.«

Wir sollten »mehr Freiheit wagen«, lautete die Botschaft der Regierungserklärung vom November 2005, die jedoch inhaltsleer bleiben musste, da sich die Kanzlerin an der Seite eines vornehmlich ge-

rechtigkeitsfixierten Regierungspartners und ihres zu neuem Leben erweckten sozialen Parteiflügels nicht so recht aus der ideologischen Deckung traute.

Aber auch hinter dem Programmleitspruch der Partei, durch »mehr Freiheit neue Gerechtigkeit« zu ermöglichen, verbirgt sich bei näherem Hinsehen nicht mehr als die Förderung betrieblicher Bündnisse an Stelle von Flächentarifverträgen, die Einführung von Kombilöhnen oder die Vereinfachung des Systems der Unternehmensbesteuerung bzw. die Entlastung des Mittelstandes.

So verkündete die Merkel auf dem Grundsatzkongress der Union, dass die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einander bedingten und in keine Hierarchie zu zwingen seien. Diese Auffassung steht aber quer zu ihrer eigentlichen Überzeugung, dass Freiheit Vorrang hat, auch wenn Kritiker der machtrational erstarrten Kanzlerin das Haben einer Überzeugung gar nicht mehr zuzutrauen scheinen.

Die Avantgarde-Erklärung von Dresden

Die SPD habe sich immer gerne als »gesellschaftliche Avantgarde« verstanden, ritt die siegreiche Parteivorsitzende auf dem jüngsten Dresdner CDU-Parteitag Attacke gegen den Koalitionspartner. In Wirklichkeit seien die Sozialdemokraten aber allzu oft nur »Nachhut« gewesen. »Ich will, dass wir die Avantgarde werden«, so die Unionschefin, damit Deutschland wieder zur »Weltspitze« vorstoße. Dass sich die Kanzlerin mit dem Avantgarde-Begriff eines linken Ladenhüters bediente, mögen ihr wirtschaftsliberale Kritiker als weiteren Beweis für die schleichende Sozialdemokratisierung der Christdemokratie vorhalten.

»Angela Merkel beweist mit ihrer Lieblingsidee mehr Stehvermögen als ihr Amtsvorgänger.«

Andere jedoch dürften den beiden Großparteien raten, sich in Zeiten ihrer schwindenden Bindungskräfte mit jener Anmaßung besser zurückzuhalten, sie würden in ihren Programmdebatten irgendwelche Repräsentativdiskurse für die Gesellschaft austragen. Dies gilt weder für die Union zwischen Oettingers Kündigungsschutz und Rüttgers ALG I noch für die SPD zwischen Nahles und Seeheim. Weshalb auch der Soziologe Ulrich Beck zu dem ernüchternden Befund gelangt, die Bundesrepublik verharre in Zeiten der Großen Koalition flügelüberspannend in einer »lärmig betriebsamen Gedankenstarre«.

Immerhin beweist Angela Merkel mit der Dresdner Neuauflage ihrer Lieblingsidee einer »Neuen Sozialen Marktwirtschaft« mehr Stehvermögen und Ehrgeiz als ihr Amtsvorgänger mit seinen intellektuellen Versuchsballons – von der »Neuen Mitte«, dem Schröder-Blair-Papier bis zur Konzeptskizze einer »zivilen Bürgergesellschaft«.

Was die Union noch immer von ihrem Urahn aus Rhöndorf lernen könnte: Er lehnte zur Gründung seiner Partei als Lehre aus Weimar jeden gesäßgeografischen Adjektivismus ab – die CDU sollte sich weder als »bürgerlich« noch »konservativ« oder gar als »rechts« bezeichnen: »Partei der Mitte – *dat jenücht*«.